„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Gamsen,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 13—52 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 75c per Zoll einfassung. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einfassung 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einfassung $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Konföderationsfeier und wir

In der letzten Courier-Ausgabe brachten wir unter „Regina und Umgegend" einige kritische Bemerkungen zur Feier des Diamantjubiläums der canadischen Konföderation in Regina. Zu unserer Genugtuung können wir heute feststellen, daß „Der Courier" diesmal wenigstens die verdiente Beachtung bei der zuständigen Stelle gefunden hat. Ob allerdings deswegen das bisherige Programm umgestoßen und durch ein besseres ersetzt werden wird, bezweifeln wir. Selbst wenn das geschehen würde, ließe sich aber an der Tatsache nichts ändern, daß man versucht hat, die Tausenden von Fremdgeborenen in Regina wieder einmal zurückzusetzen und zwar bei einer Feier, die alle canadischen Bürger ohne Unterschied ihres Herkunftslandes, ihre Sprache und Religion in einmütiger Begeisterung vereinigen sollte. Die deutschsprechenden Bürger dieses Landes haben sich in der Vergangenheit als so wertvolle Glieder Canadas erwiesen, daß sie wohl mit in erster Linie auf eine angemessene Berücksichtigung bei einer so eminent nationalen Feier Anspruch erheben dürfen.

Wir sind daher keine Gegner der Konföderationsfeier, deren würdige Begehung uns mindestens ebenso am Herzen liegt wie etwa dem Lokalkomitee von Regina oder der „Canadian Legion", dem hiesigen Kriegerverein, der hier die erste Geige spielen soll. Wir verlangen nur gleiches Recht für alle und Gleichberechtigung für die einheimischen wie für die fremdgeborenen Bürger.

Bei einigermaßen gutem Willen könnte unserer Forderung mühelos Rechnung getragen werden. Beispiele dafür sind Edmonton und Winnipeg. In Edmonton wird sich, wie wir an anderer Stelle berichten, das dortige Deutschtum geschlossen an der Parade beteiligen. In Winnipeg bietet man nicht weniger als 25 nationalen Gruppen sowie den nationalen Gesangschören die Möglichkeit, bei der Feier in gebührender Weise zur Geltung zu kommen. Nach einer Mitteilung des Winnipeger Komitees soll das Fest des Diamantjubiläums im Assiniboine Park die Gestalt **eines großen Schauspiels der Nationen, in deren Mittelpunkt Canada steht,** annehmen. Je drei Vertreter der 25 nationalen Gruppen werden von der Plattform aus an dem Programm teilnehmen. Jeder Gruppe wird eine bestimmte Zeit gewährt, um durch Lieder und andere Vorträge ihre Liebe zur neuen Heimat Canada zu bekunden. Und was geschieht in Regina? Soweit bisher bekannt, sollen nur die Schüler und die „Canadian Legion" sich an der Feier beteiligen. Im übrigen will man noch sogenannte „Floats" zulassen. Wir sind überzeugt, daß alle unsere deutschen Freunde mit uns übereinstimmen, wenn wir erklären, daß man in Edmonton und Winnipeg einen viel weitherzigeren Standpunkt als in Regina einnimmt. In den Hauptstädten von Alberta und Manitoba hat man von Anfang an sich bestrebt, die fremdgeborene Bevölkerung an der Feier zu interessieren und sie zur Beteiligung daran aufzumuntern, während man in der Hauptstadt der glorreichen Provinz Saskatchewan es nicht einmal der Mühe wert fand, sich um eine angemessene Vertretung der deutschen Bevölkerung der Stadt zu bemühen.

Doch wozu noch viele Worte verlieren? Wenn, wie es tatsächlich der Fall sein soll, in Regina noch Leute herumlaufen, die allen Ernstes daran glauben, es könnten in der Parade am Jubiläumstag plötzlich echt deutsche Pickelhauben (oder vielleicht sogar Stahlhelme) auftauchen, so weiß man, aus welcher Ecke der Wind pfeift.

Wir werden uns durch die nun ausführlich geschilderte Zurücksetzung nicht davon abhalten lassen, wenigstens im Geiste den großen nationalen Festtag der Dominion mitzufeiern. Denn **die Loyalität des canadischen Bürgers deutscher Abstammung** kann durch die Winkelzüge gewisser Herrschaften **nicht erschüttert, ja nicht einmal angetastet** werden. Jeder Deutschkanadier ist davon überzeugt, daß erste, fleißige, ausdauernde Arbeit dem Aufbau und der Zukunft der canadischen Konföderation besser dient als jener Hurrapatriotismus, der zweierlei Klassen von Bürgern, „Hundertprozentige" und „Foreigners", unterscheidet.

Moskaus Blutrache

Nach offizieller Mitteilung der Politischen Behörde der Sowjetunion wurden 20 Leute, teils wegen terroristischer oder monarchistischer Tätigkeit, teils wegen Beteiligung an einer gegen das Leben von Georg Tschitscherin und Leonid Krassin gerichteten Verschwörung standrechtlich erschossen, darunter: Ewengren, der Verschwörung gegen Tschitscherin beschuldigt; der frühere zaristische Oberst Suslin, der geplanten Ermordung Krassins beschuldigt; Fürst Meschersky, der Propaganda für den russischen Thronanwärter Großfürsten Nikolaus beschuldigt; Ewreinow, früherer zaristischer Konsul und später Beamter der Sowjet-Staatsbank, dem zur Last gelegt wurde, dem britischen Geschäftsträger in Moskau, Robert M. Hodgson, verschiedene Informationen vertraulicher Natur gegeben zu haben; Fürst Paul Dolgoruky. Mehrere der anderen 15 hingerichteten Delinquenten waren Armeeoffiziere, die unter der Anklage standen, „weiße" Terroristen, die insgeheim aus dem Ausland über die russische Grenze gekommen waren, Obdach gegeben zu haben.

In der amtlichen Mitteilung wird erklärt, daß die Hinrichtungen die Antwort auf die in den letzten Tagen von Feinden der Sowjetherrschaft verübten terroristischen Taten seien. Es heißt dort:

„Im Hinblick auf die offene Verübung von Terrorismus und Gewalttaten durch Monarchisten und Weißgardisten, die im Auftrag von ausländischen Dienststellen und von diesen mit Geld versehen, handelten, hat das Kollegium des Staatspolitischen Departements in seiner Sitzung vom 9. Juni über 20 Leute das Todesurteil gefällt und diese Urteile sofort vollstrecken lassen."

Ferner wird bekanntgegeben, daß Ewengren zur Zeit der Genueser Konferenz des Jahres 1922 mit einem britischen Untertanen namens Riley an einer Verschwörung zur Ermordung Tschitscherins beteiligt war.

Rileys Name steht nicht auf der Liste der hingerichteten Delinquenten.

Einige der Hingerichteten sollen Mitglieder von Adelsfamilien gewesen sein, die der Verschwörung zur Wiederherstellung der Monarchie angeklagt waren.

Um die Gleichberechtigung der deutschen Sprache

Die internationale Arbeitskonferenz in Genf, die dort gewissermaßen die Weltwirtschaftskonferenz ablöste, hat einen Beschluß gefaßt, der nicht ohne eine gewisse Rückwirkung auf den gesamten Völkerbund bleiben kann. Nach mehrtägigen Debatten über die Zulassung der deutschen Sprache als Verhandlungssprache des Arbeitsamtes neben der englischen und französischen ist nämlich diese Zulassung gebilligt worden. Wenn auch noch gewisse Verklausulierungen bestehen bleiben, durch die anderen Empfindlichkeiten Rechnung getragen werden sollte, so ist doch damit ein erfreulicher Fortschritt erzielt und ein weiterer Schritt nach vorwärts getan. Von dem Augenblick an, in dem das große Deutsche Reich in Genf erschienen war, konnte nicht daran gezweifelt werden, daß auch in der Sprachenfrage auf die Dauer der alte Zustand nicht aufrechterhalten und daß es im Gegenteil nötig war, auch hier die Tatsache anzuerkennen, die durch die kulturelle und wirtschaftliche und mehr und mehr auch wieder durch die politische Stellung des deutschen Volkes gegeben ist. Gebrauch ist heute, daß jede Rede, in welcher Sprache sie auch gehalten werden mag, sogleich durch die offiziellen Dolmetscher in englischer oder französischer Uebersetzung vor der Versammlung wiederholt werden muß. Es wird die natürliche nächste Folge der äußeren Anerkennung für Deutschland sein, daß in naher Zukunft auch der deutsche Dolmetscher in die gleichen Rechte eintritt. Denn nachdem das Arbeitsamt nun vorangegangen ist, wird der Völkerbund nicht gut auf die Dauer zurückbleiben können.

Westl. Post.

Weltumschau

Deutschland.

Die jüngste Krise der deutschen Börsen hat bisher keine merkliche Rückwirkung auf das Geschäfts- und Wirtschaftsleben gezeitigt. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter bestehen an manchen Stellen im Reiche allerdings Besorgnisse wegen einer ungünstigen Auswirkung der Kursrückgänge auf das Geschäftsleben. Es dauert erfahrungsgemäß längere Zeit, bevor die Bewegungen an der Börse in den Arbeitsmarkt hinein sich fortsetzen. Es wird jedoch von einigen Arbeitsämtern festgestellt, daß die Börse den Zusammenhang mit der produzierenden Wirtschaft größtenteils verloren hat, so daß stärkere Auswirkungen der Börsenkrise kaum zu erwarten sein dürften. Zudem wird angeführt, daß Produktion und Handel im Reiche nicht auf kurzfristige Kredite aufgebaut seien. Einstimmig ist aber die Feststellung, daß der weitere Zustrom von Auslandkapitalien in die Wirtschaft notwendig sein wird, um die Beschäftigung der Industrie auf dem gegenwärtigen Stande erhalten zu können. Die deutsche Industrie ist in fast allen Gruppen nach wie vor gut beschäftigt und auch der Handel kann über die Lage nicht klagen. Die wöchentliche Förderung des Ruhrreviers betrug in der letzten Zeit wieder 2,300,000 Tonnen, ist also noch immer erheblich höher als vor dem englischen Streik. Das Geschäft in rheinischen Braunkohlen ist gut und das Syndikat konnte im letzten Monat sogar die geringen Haldenbestände absetzen. Die Lage der deutschen Eisenindustrie ist eine recht günstige geblieben. Fast alle Unternehmungen sind auf Monate hinaus mit Aufträgen versorgt. Eine starke Stütze findet die deutsche Eisenindustrie in der regen Bautätigkeit. Einige Sorge bereitet den deutschen Wirtschaftskreisen die Erfüllung der Reparationsleistungen. Nach dem Dawes-Plan sollten die Ueberweisungen der Zahlungen möglichst aus den Ausfuhrüberschüssen des Reiches geleistet werden. Nun ist aber Deutschlands Außenhandel stark passiv. Die Leistung in Naturalien hat sich nicht bewährt, da sich die Industrien der betreffenden Länder gegen die Ueberschwemmung mit deutschen Waren wehren und daher einzelne Länder, wie Frankreich, die Naturallefrungen unausgenützt lassen. Vielfach werden die in letzter Zeit stattgefundenen Baruberweisungen für den Zusammenbruch der Kurse verantwortlich gemacht.

Wiederholte freundliche Andeutungen, die dem russischen Außenminister Tschitscherin gegenüber vom deutschen Außenminister Gustav Stresemann eindringlich gemacht wurden, daß die Fortsetzung der kommunistischen Propaganda im Ausland nicht nur ein unüberseigliches Hindernis für die auswärtigen Beziehungen der Sowjet-Union im allgemeinen, sondern auch dem deutsch-russischen Verhältnis schädlich sei, bildeten den Punkt, bis zu dem Deutschland die Sowjet-Regierung zu überreden versucht hat, sie möge die dritte Internationale zur Einstellung ihrer Bestrebungen für die Weltrevolution zwingen. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte, mit dem Bericht aus Genf bekannt gemacht, Deutschland habe beschlossen, Moskau von der Ratsamkeit der Einstellung dieser Propaganda zu überzeugen, und bemerkte ferner: „Förmliche Schritte konnte die deutsche Regierung bei ihrem Drängen in die Moskauer zur öffentlichen Verleugnung der Kommunistenpartei oder zur Entziehung ihrer Operationsbasis in Rußland nicht unternehmen, da die russische Regierung nicht die Dritte Internationale ist. Darum sind wir bei der freundlichen Art unserer Beziehungen nicht berechtigt, einen amtlichen Protest ergehen zu lassen." Er gab zu, daß Dr. Stresemann im Laufe zahlreicher privater Gespräche mit Tschitscherin in Berlin und später in Baden-Baden nach dem englisch-russischen Bruch persönlich versucht hat, den Sowjetführer von der gebieterischen Notwendigkeit, die kommunistische Tätigkeit zu verleugnen, zu überzeugen, weil sie ein dauerndes Hindernis bei allen Anstrengungen der russischen Regierung für ihre Rehabilitierung im Ausland bildete. „Die Ueberredung unsererseits in dieser Verbindung ist gänzlich freundlicher Natur gewesen," fuhr der Gewährsmann fort, „und nicht der Gegenstand einer förmlichen Aktion, da wir zu einem derartigen Schritt weder Gelegenheit hatten, noch unsere gegenwärtigen Beziehungen zu Rußland eine solche Initiative gerechtfertigt hätten." Er wiederholte, Tschitscherin sei genügend über den amtlichen Standpunkt Berlins unterrichtet, und nicht nur Dr. Stresemann, sondern auch andere deutsche Einflüsse hätten versucht, die Regierung in Moskau zu veranlassen, der Welt greifbare Beweise von ihrer Mißbilligung der auswärtigen Tätigkeit der Roten zu geben.

Kanzler Marx sagte dem russischen Kommissar Tschitscherin, daß die kommunistische Propaganda und die Sowjethinrichtungen auf die Vertreter der Mächte in Genf einen ungünstigen Eindruck gemacht hätten. Botschafter Brockdorf-Rantzau, deutscher Vertreter in Moskau, war bei der Begegnung und informierte den Kommissar ebenfalls über die Haltung der Mächte. Beide Beamte sagten, sie hofften auf eine baldige Regelung von Polens Schwierigkeiten mit Rußland. Tschitscherin besuchte Marx vor seiner Rückkehr nach Rußland.

Das auswärtige Amt eröffnete den diplomatischen Vertretern von Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien, daß die Schleifung von Befestigungen im östlichen Deutschland gemäß der in Paris, am 31. Januar getroffenen Vereinbarung vollendet ist.

Drei hervorragende Staatsmänner von Europa, Außenminister Stresemann von Deutschland, Kultusminister Herriot von Frankreich und Außenminister Vandervelde von Belgien, trafen sich auf einem gemeinsamen kulturellen Boden, um die Weltausstellung von „Musik im Leben der Völker" in Frankfurt a. M. einzuweihen. Die Ausstellung dauert bis 28. August.

Der bayrische Finanzminister Dr. Wilhelm Krausneck ist Verletzungen erlegen, die er bei einem Straßenbahnunfall in München erlitt. Dr. Krausneck kehrte erst vor wenigen Tagen aus den Vereinigten Staaten zurück, wo er Formalitäten für eine amerikanische Anleihe an Bayern erledigte.

Oesterreich.

In der österreichischen kommunistischen Partei ist eine Spaltung eingetreten, die auf die letzten Nationalratswahlen zurückgeht. Um eine Zersplitterung der Front der Arbeiterschaft zu vermeiden, hatte ein Teil der kommunistischen Führer die Stimmabgabe zugunsten der sozialdemokratischen Partei empfohlen. Diese Gruppe hat sich jetzt als „Kommunistische Partei Oesterreichs, Opposition" organisiert und zu ihrem Vorsitzenden den früheren Kommandeur der Roten Garde, Dr. Josef Frey, gewählt.

Die Universität Wien ist infolge einer Ausschreitung geschlossen, bei welcher elf Studenten schwer verwundet wurden, zwei vielleicht tödlich. Der Krawall entstand während einer Vorlesung. Ein Student rief: „Juden hinaus!" Die sozialdemokratischen Studenten suchten die Störenfriede, die sie als Faschisten bezeichneten, zu vertreiben, fanden aber, daß sie bewaffnet waren.

Tschechoslowakei.

Marienbad, der berühmte Badeort in der Tschechoslowakei, hat eine Bewegung zur Errichtung eines Goethedenkmals in die Wege geleitet. Es soll in einem der schönsten Stadtteile aufgestellt werden. Der Stadtrat bringt Gelder dazu auf, was nicht wunderbar ist, denn Marienbad ist deutsch, aber erstaunlich ist, daß die tschechische Regierung den Plan unterstützt. Die Enthüllung soll am 29. August vor sich gehen.

Polen

Das polnische Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Staatspräsidenten über die Strafbestimmungen gegen die Verbreiter unwahrer Nachrichten und Amtsbeleidigungen. Wer eine falsche oder entstellte Nachricht auch nur gerüchtsweise verbreitet, die dem Staate Schaden zufügen kann oder die geeignet ist, öffentliche Unruhe zu verbreiten, kann mit einer Arreststrafe bis zu 6 Monaten oder einer Geldbuße bis 1000 Zloty bestraft werden. Sofern diese Nachrichten oder Gerüchte über eine dem Staat oder seinem verfassungsmäßigen Aufbau drohende Gefahr öffentlich oder im Druck verbreitet wurden, ist Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe von 300 bis 3000 Zloty vorgesehen.

Rußland.

Der Leichnam von Peter Voikoff, Sowjetgesandter bei Polen, traf aus Warschau in Moskau ein. Der Gesandte wurde in Warschau von einem jungen russischen Monarchisten ermordet. Auf dem Sonderzug befanden sich ein Vertreter der Sowjetgesandtschaft in Warschau, der Sekretär des polnischen Auslandministers, A. P. Rosengolz, und eine Abordnung vom Sowjetkommissariat, die den Zug an der Grenze bestieg. Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps, Verwandte und Freunde des Toten warteten den Zug auf dem Bahnhof. Der Sarg, von Mitgliedern der Regierung getragen, wurde auf eine Lafette gebracht, die langsam nach dem Roten Platz fuhr. Der Leichnam wird auf dem Roten Platz bestattet.

Weitere Hinrichtungen in Rußland werden aus verschiedenen Ortschaften an der Grenze jenes Landes gemeldet. Ein Bericht aus Riga besagt, daß 28 weitere Offiziere der früheren Zarenregierung in Moskau erschossen wurden, und daß die Zahl der Hinrichtungen als Vergeltung für die Ermordung von Peter Wojkow, dem Sowjetgesandten in Warschau, bereits über hundert beträgt. Als Folge der Schreckensherrschaft hat die Zahl der Selbstmorde in Moskau bedeutend zugenommen, da täglich 10 bis 15 festgestellt werden. Moskau und Leningrad haben nicht genügend Gefängniseinrichtungen, um die weiteren tausend Personen unterbringen zu können, die während der letzten Tage festgenommen wurden, und bewachte Frachtzüge fahren jede Nacht aus den beiden Städten ab, um die Opfer nach Sibirien zu schaffen.

Der Reuter-Agentur wird aus Warschau berichtet, daß in Moskau verstärkter militärischer Schutz für die Stadt proklamiert wurde und die Verhängung des Standrechtes dort bevorstehen soll. Die Ausländer verlassen Moskau. In den Nachrichten, die nach Warschau gelangten, wird mitgeteilt, daß die Sowjetbehörden ihren eigenen Bürgern die Ausstellung von Pässen verweigern und daß die Bevölkerung Moskaus von Furcht erfüllt sei. Für die Presse wurde eine strenge Zensur eingeführt und die Telegraphenämter nehmen kein Privattelegramme nach dem Ausland zur Beförderung an. Einer Meldung von Odessa zufolge wurden dort elf Personen, die der Spionage beschuldigt waren, von den Sowjetbehörden zum Tode verurteilt, während drei Leuten Gefängnisstrafen von je zehn Jahren auferlegt wurden. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Den meisten Angeklagten war auch zur Last gelegt worden, daß sie politischen Flüchtlingen geholfen haben, von Rußland aus die rumänische Grenze zu überschreiten.

Wladimir Turkoff Ginsburg, dessen Ermordung gemeldet wurde, ist Handelsvertreter der Sowjets in Berlin im Jahre 1921 und später ein Mitglied des Handels-Kommissariats gewesen. Einzelheiten über das Verbrechen fehlen.

In seiner Antwort auf Polens jüngste Beleidsnote wegen der Ermordung von Peter Wojkow, dem Sowjetgesandten in Warschau, macht der russische Außenminister Litwinow zahlreiche Forderungen namens der Moskauer Sowjet-Regierung geltend. Die polnische Regierung wird aufgefordert, die notwendigen Maßregeln für eine durchgreifende Untersuchung der Ermordung des Gesandten zu treffen, alle Verzweigungen, die dazu führten, festzustellen und schnelle Bestrafung der Schuldigen, besonders des eigentlichen Mörders, herbeizuführen. Es wird das Verlangen gestellt, daß Ulinow, dem Geschäftsträger in Warschau, oder einem anderen beauftragten Mitgliede der Sowjets, gestattet werde, der Untersuchung beizuwohnen. Polen soll weitere unverzügliche und energische Schritte zur Unterdrückung der terroristischen Organisationen und anderer Personen auf polnischem Gebiet ergreifen, deren Tätigkeit sich gegen die Union und ihre Vertreter richtet, und solche aus der polnischen Republik vertreiben. Litwinow erklärt, die Sowjets erwarten unverzügliche Benachrichtigung von der Erfüllung dieser Forderungen. Das jüngste Ereignis, so wird hinzugefügt, könne nicht mit amtlichen Erklärungen erledigt werden, verlange vielmehr sofortige Vorkehrungen seitens Polens, um solcher feindseliger Tätigkeit ein Ende zu machen. Die Note drückt Dankbarkeit für die freundliche Haltung der polnischen Regierung wie ihres Volkes aus und lehnt die Annahme einer Entschädigung, die für die Familie Woykows angeboten wurde, ab. Sie verwirft die polnische Unterstellung, daß der Mord die Tat eines Wahnsinnigen gewesen, behauptet vielmehr, daß sie auf die Duldung von Feinden der Sowjets auf polnischem Boden zurückzuführen sei. Mit Bedauern wird darauf hingewiesen, daß Polen, trotz vieler Warnungen, es unterließ, die notwendigen Maßregeln für die Sicherheit der Sowjet-Vertreter zu ergreifen. Trotz der Versicherungen, daß Polen eine terroristische Betätigung duldete, erklärt Litwinow, die Union besitze und werde Einzelheiten unterbreiten, die diese Versicherung widerlegen. Mit Bezug auf die Erklärung, der Mörder sei kein polnischer Bürger, wird auf die Erleichterung der Einwanderung hingewiesen, die die Sowjetfeinde instand setze, unter dem Schutz des polnischen Bürgerrechts ihr Wesen zu treiben. „Polen hat seine Pflicht vernachlässigt, indem es nicht Personen auswies, die bekanntermaßen feindliche Handlungen gegenüber der Sowjet-Union begingen, und schon seit langem wußte, daß feindliche Organisationen wirklich die Ermordung des Sowjet-Vertreters planten."

Schweden

Der schwedische Kriegsminister Gustav Rosen hat eine Untersuchung angeordnet, um in Erfahrung zu bringen, ob die schwedischen Faschisten einen Putsch planen, und ob ihnen gestattet worden ist, aus Depots des schwedischen Heeres sich Gewehre und sonstige Kriegsausrüstung auszuleihen. Zu der Anordnung der Untersuchung veranlaßt wurde die schwedische Regierung durch jüngste Faschisten-„Manöver" in der Umgegend von Stockholm. Das Militärgepränge, welches die Faschisten dabei zur Schau trugen, hat, obwohl die faschistische Bewegung in Schweden im allgemeinen bisher nur geringe Fortschritte gemacht hat, den Unwillen der sozialistischen Presse erregt.

Italien.

Jedermann, der heute in Italien flucht, muß einem Polizisten, welcher ihn hört, eine Geldstrafe bezahlen. Der Fluch kostet 10 Lire und 10 Centimes und der Uebeltäter erhält eine Bescheinigung. Die Centimes sind für die staatliche Marke. Falls die fluchende Person Zahlung verweigert und den Schutzmann beleidigt, so erfolgt gerichtliche Vorladung und der Täter kann froh sein, wenn er mit einer Geldbuße von 50 Lire davon kommt. Waren die gebrauchten Worte besonders anstößig, kann es auch einen Tag Gefängnis absetzen. In den meisten Restaurants, Weinlokalen und öffentlichen Verkehrsplätzen weisen Anschläge darauf hin, daß Fluchen und anstößige Ausdrucksweise streng verboten sind und nach dem Gesetz bestraft werden.

Frankreich.

Eine französische Gesellschaft hat jetzt den ersten Kontrakt für einen fahrplanmäßigen transatlantischen Flugdienst abgeschlossen. Die Latecoere-Gesellschaft wurde durch ein Kabelgramm verständigt, daß der Präsident von Argentinien einen Kontrakt ratifizierte, durch den sich die Gesellschaft verpflichtet, die Postsachenbeförderung zwischen Frankreich und Argentinien von 21 auf 9½ Tage zu verkürzen. Dieser Postdienst soll zuerst durch Flugzeuge in Verbindung mit Dampfern und später ausschließlich durch Flugzeuge aufrechterhalten werden. Die genannte Firma hat sofort Anweisungen zur Inangriffnahme des Baues von Luftbasen auf den Kap Verde-Inseln, an der afrikanischen Küste, auf der Insel Fernando do Noronha in der Nähe der Küste von Südamerika und in Pernambuco, Brasilien, ergehen lassen. Von der Gesamtstrecke von 7500 Meilen zwischen Paris und Buenos Aires werden vorläufig 6100 Meilen mit Flugzeugen und die restlichen 1400 Meilen von Schnelldampfern zurückgelegt werden. Reguläre Flugzeuge werden die Postsachen von Paris nach Dakar, Senegal, bringen und dort auf ein Wasserflugzeug transferieren, dessen Ziel Saint Louis in Senegal sein wird. Von dort erfolgt die Weiterbeförderung durch einen Schnelldampfer, der die Kap Verde-Inseln und die 125 Meilen von der südamerikanischen Küste entfernte Insel Fernando do Noronha anlaufen wird. Ein Wasserflugzeug bringt dann die Postsachen von der Fernando-Insel nach Pernambuco, von wo aus die Beförderung in einem Landflugzeug nach Buenos Aires erfolgt. Dieser Dienst soll kontraktmäßig noch vor Ende dieses Jahres beginnen. Man glaubt, daß es vor Ablauf eines weiteren Jahres möglich sein wird, die Briefbeförderung von Paris nach Buenos Aires ausschließlich mit Flugzeugen auszuführen.

Leon Daudet, der Royalistenführer, der wegen Verleumdung eines Mietschauffeurs in Verbindung mit dem Tode seines Sohnes Philippe zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, lieferte sich den Behörden aus, nachdem er sich drei Tage im Büro seiner Zeitung „L'Action Française" verbarrikadiert gehalten hatte. Es waren Feuerwehrleitern an das Gebäude gesetzt worden, und während Hunderte von Polizisten vor dem Gebäude standen, erkletterte der Polizeipräfekt eine Leiter und fragte Daudet, ob er wünsche, daß noch weiteres Blut vergossen werde. Daudet erklärte, er wolle keinen Bürgerkrieg beginnen und lieferte sich den Beamten unter der Bedingung aus, daß man seinen „Truppen" gestatte, das Gebäude unbehelligt zu verlassen. Dies wurde gestattet und seine Anhänger, die ihn beschützt hatten, gingen durch Tausende bereit gehaltene Soldaten, Kavalleristen und Infanteristen, sowie Polizisten und Feuerwehrleuten hindurch. Darauf wurde Daudet mit dem Geschäftsführer seiner Zeitung, M. Delest, nach einem Polizeiauto geführt und nach der Station gefahren. Die Daudet-Angelegenheit drohte eine Zeit lang ernsteren Umfang anzunehmen, da anscheinend das Publikum die Verurteilung Daudets zu einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe mißbilligte. Er war schuldig befunden worden, den Chauffeur eines Mietsautos, in dem sein Sohn vor einigen Jahren ermordet aufgefunden worden war, verleumdet zu haben.

Ver. Staaten

Benjamin Strong, der Gouverneur der Bundesreservebank in New York, wird in New York Anfang nächsten Monats eine Konferenz mit Gouverneur Montagu Norman von der Bank von England; Hjalmar Schacht, dem Präsidenten der deutschen Reichsbank, und Hilfs-Gouverneur Rist von der Bank von Frankreich haben. Die Beamten der Bundesreservebank legen der Zusammenkunft keine besondere Bedeutung bei, welche als das jährliche „Zusammentreffen" von Bankleitern bezeichnet wird, das gewöhnlich in Europa stattfand, aber in diesem Jahre hierher verlegt wurde, weil Gouverneur Strong wegen seiner kürzlichen Krankheit nicht imstande ist, die Reise nach Europa zu machen.

Völkerbund.

Am 13. Juni trat in Genf der Völkerbundsrat zu seiner 45. Tagung zusammen. Einer der ersten Beschlüsse war die Billigung der von Generalsekretär Eric Drummond getroffenen Anordnung, der in einer Woche beginnenden Konferenz zur Beschränkung der Waffenerstellungen die Kenntnisse und Einrichtungen des Völkerbundes zur Verfügung zu stellen.

Der erste Bericht behandelt die Kontrolle der privaten Herstellung von Kriegsmaterial. Die Ligaversammlung des vorigen Jahres verlangte bei dieser Frage eine internationale Konferenz. Eine Kommission mußte indessen melden, daß eine Vereinbarung über die Frage nicht möglich scheine. Die Ver. Staaten verlangten, daß die Aufsicht sich auf die staatliche Herstellung wie auch auf die private Produktion von Kriegsmaterial erstrecke. Italien, Japan und andere Länder lehnten dieses Ansinnen vollständig ab und dem Rat konnte daher kein Vertragsentwurf berichtet werden.

Der französische Außenminister Aristide Briand hat nach einer Konferenz mit dem deutschen Außenminister Dr. Gustav Stresemann erklärt: „Wir setzen die Arbeit der Wiederherstellung Europas den im Locarnopakt festgelegten Linien entlang fort. Der Locarnopakt hat bisher ausgezeichnete Resultate zur Folge gehabt." Stresemann hatte in der Unterredung mit Briand diesem die Versicherung gegeben, daß die vom Ueberwachungsausschuß beanstandeten Unterstände bei den östlichen Festungen dem am 1. Februar in Paris getroffenen Abkommen gemäß geschleift wurden. Briand lehnte ab, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, ob Stresemann in der Konferenz die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland aufgeworfen hatte.

In Kreisen des Völkerbundes herrscht der Eindruck vor, daß Frankreich als eine weitere Maßnahme der Betreuung die Zahl seiner Truppen im besetzten deutschen Territorium allmählich verringern werde, ohne jedoch vorläufig, aus Rücksicht auf die Gefühle der französischen Ultranationalisten, ein bindendes Abkommen zu treffen.

Später gab Dr. Stresemann Berichterstattern gegenüber die Erklärung ab, daß er Briand vergeblich ersucht hatte, eine Reduktion der Besatzungstruppen im Rheinland zuzugestehen. Er fügte hinzu, daß er die privaten Unterredungen mit Briand fortsetzen werde.

Die zwei Staatsmänner besprachen auch, wie in Erfahrung gebracht wird, die allgemeine europäische Lage, einschließlich der Haltung der Mächte zur Sowjetunion.

Seit der Hinrichtung einer Gruppe von Monarchisten in Moskau ist die russische Frage in Ligakreisen das hauptsächlichste Gesprächsthema.

Der polnische Außenminister Zaleski beurteilte Berichterstattern, die ihn wegen der möglichen Folgen der Ermordung des Sowjetgesandten Woykow in Warschau befragten, an, daß der 19 Jahre alte Mörder wahrscheinlich nicht hingerichtet, sondern zu lebenslänglichem Kerker verurteilt werden wird. Er sagte, daß in Polen nur in höchst seltenen Fällen Todesurteile gegen Minderjährige gefällt werden. Der Mörder, Boris Koverde, sei in Wilna als Sohn eines früheren russischen Beamten geboren worden und hatte nach polnischem Gesetz erst bei Erlangung seines 21. Lebensjahres um die polnische Bürgerschaft nachsuchen können.

Der polnische Außenminister erklärte, daß er aus der Angelegenheit keine ernsten Folgen für das Verhältnis Polens mit der Sowjetunion befürchte und gewiß sei, daß der Fall durch eine freundschaftliche Vereinbarung beigelegt werden wird. Er sagte, Polen befolge allen Ländern gegenüber eine Friedenspolitik und die Warschauer Regierung habe erst kürzlich wieder einen Versuch gemacht, Litauen zu bewegen, die diplomatischen Beziehungen mit Polen aufzunehmen. Litauen betrübe aber darauf, daß wegen der Besetzung Wilnas durch Polen den beiden Ländern ein Kriegszustand existiere.

Von einer mit den russischen Verhältnissen wohl vertrauten Seite wird erklärt, daß der Bruch zwischen London und Moskau ein wichtiges Ereignis nicht nur für diese beiden Reiche allein sei. Es werde auf alle Länder einen Einfluß ausüben. Die einen werden daraus vielleicht Vorteile für ihre Industrie oder ihren Handel ziehen, andere werden darunter leiden, einige werden ihre politische Bedeutung dadurch erhöht glauben und andere werden sich beengt fühlen. Wenn zwei so große Mächte in Konflikt geraten, pflanze sich die Erschütterung weithin fort.

Zeppelinflug um die Welt

Ein Flug um die Welt in einem Zeppelin ist das nächste große Unternehmen im Flugwesen.

Dr. Hugo Eckener, der Direktor der deutschen Zeppelin-Gesellschaft, machte bekannt, daß der nun im Bau befindliche „LZ-127" den Atlantischen Ozean zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten „mehrmals überkreuzen" und im Jahre 1928 eine Umfliegung der Weltkugel ausführen wird.

Der große Flug wird nach seiner Schätzung 300 Stunden in Anspruch nehmen. Es wird jedoch die Errichtung von zwei Ankermasten notwendig werden, einen im asiatischen Rußland in der Nähe der pazifischen Küste und den andern in den westlichen Vereinigten Staaten oder Canada, die außer dem Ankermaste in Lakehurst, N. J., benötigt werden. Die Erlaubnis für die Benutzung der Einrichtung in Lakehurst wurde bereits gewährt, wie Dr. Eckener sagte.

Obgleich er Clarence Chamberlin und Charles Levine zu ihrem Fluge von New York nach Deutschland beglückwünscht und erklärt, daß dadurch das Zutrauen des Publikums zum Flugwesen gestärkt werde, meint Dr. Eckener, daß Luftschiffe für das transozeanische Handelsflugwesen praktischer als Flugzeuge seien.

„Das Luftschiff", sagte er, „bietet besonders bei Flügen über große Entfernungen mehr Bequemlichkeit als das Flugzeug, und gewährleistet auch größere Sicherheit im Fliegen. Der wichtigste Faktor zu seinen Gunsten ist die Tatsache, daß vom wirtschaftlichen und geschäftlichen Standpunkte aus das Luftschiff dem Flugzeug überlegen ist, da es außer der Feuerung eine große Anzahl von Passagieren und eine große Menge von Fracht und Post befördern kann."